

Wittgensteiner Zeitung

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag
und Samstag und kostet vierteljährlich
in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 2.50
Bringerlohn monatlich 10 Pfg. Durch die
Post bezogen Mk. 2.55 ohne Bestellgebühr
— Fernsprecher Nr. 79 —

Bei Anzeigen wird die einseitige
Zeile oder deren Raum mit 30 Pfg.
berechnet. Reklamezeile 70 Pfg. Bei
Wiederholungen entsprechender Rabatt.
Girokonto Kreisbank Laasphe Nr. 89
— Postcheckkonto Köln 40449 —

Nummer 105

Laasphe, Donnerstag den 2. Oktober 1919

44. Jahrgang

Ämtliches.

Bekanntmachung.

Die folgenden Wahlen der Gemeindevorsteher und Stellvertreter in
den Gemeinden des Amtes Erndtebrück und zwar:

Gemeindevorsteher:

Stellvertreter:

1. Wähler Geinr. Gackler, Amthausen, Landwirt Wils. Gackler, daselbst.
2. Wähler Rudolph Stöcker, Banse, Landarbeiter August Stöcker, daselbst.
3. Wähler W. Weyand, Erndtebrück, Wegebaumeister Karl Weyand, daselbst.
4. Wähler Chr. Weber, Erndtebrück, Landwirt Chr. Müller, daselbst.
5. Wähler Chr. Dreisbach, Erndtebrück, Landarbeiter Chr. Heinrich, daselbst.
6. Wähler Wils. Gackler, Erndtebrück, Landwirt Fr. Kothenspieler, daselbst.
7. Wähler W. Schmidt, Erndtebrück, Maurer Friedrich Wils. Gackler, daselbst.
8. Wähler H. Hoffmann, Erndtebrück, Landwirt Friedr. Wils. Gackler, daselbst.
9. Wähler Geinr. Gackler, Erndtebrück, Landwirt Friedrich Bange, daselbst.
10. Wähler Chr. Gackler, Erndtebrück, Landwirt Friedrich Wils. Gackler, daselbst.
11. Wähler Wils. Wils. Gackler, Erndtebrück, Landwirt August Wils. Gackler, daselbst.
12. Wähler Wils. Gackler, Erndtebrück, Landwirt Wils. Gackler, daselbst.
13. Wähler Wils. Gackler, Erndtebrück, Landwirt Wils. Gackler, daselbst.

Die Wahlen auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren meinerseits bestätigt
worden.

Erndtebrück, den 25. September 1919.

Der Landrat, Dr. Kretschmar.

Häfer.

Im Anschluß an meine Verordnung vom 24. Septbr. bestimme ich
noch: Die Ausführung von Häfen über die Grenze des Kreises hinaus wird
hierdurch nach Zustimmung des Reichslandwirtschaftsministers auf Grund
des § 82 der Reichsgründungsordnung verboten. Ausnahmen von diesem
Verbot kann der Kommunalverband zulassen.

Erndtebrück, den 27. September 1919.

Der Landrat, Dr. Kretschmar.

Die Nationalversammlung.

— Berlin, 30. September.

Die deutsche Nationalversammlung ist am Dienstag
zum ersten Male in dem geäußerten Reichstagsge-
bäude zusammengetreten. Monatelanger Arbeit hatte
es bedurft, um die Spuren der ersten Revolutions-
tage zu beseitigen. Zunächst mußte eine gründliche
Säuberung vorgenommen werden. Außerdem war die
Einrichtung durch die Einquartierung der Soldateska
arg mitgenommen. Stühle und Tische, aus denen
rohe Hände die Decken herausgeschnitten hatten,
sind ausgebessert. Das Innere des Gebäudes ist fast
unverändert, und nur wenige Spuren, so u. a. die
Beseitigung der schwarz-weiß-roten Fahne in der Wan-
delhalle erinnern an die wilden Novembertage.

Nachdem die beiden ersten Hauptaufgaben, der
Wahl der Reichsversammlung und die neue Reichsverfas-
sung in Weimar erledigt worden sind, verbleibt der
Nationalversammlung jetzt noch als letzte dringende
Aufgabe die Verabschiedung der Steuergeetze, mit der
sie bereits die Ausschüsse eingehend beschäftigt.

Harte Prüfung.

Kriminal-Roman von Max Hoffmann.

- 41) (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
- „Und da sollte er sie über den Haufen gestochen haben?“
„Warum nicht?“
„Na, ich denke, er hat sie sehr lieb gehabt?“
„Liebe und Haß wohnen dicht beieinander,“ erklärte der
Assessor weisheitsvoll. „Außerdem hat der Alte jedenfalls im
Affekt gehandelt, wo er seiner Sinne kaum mehr mächtig
war.“
- „Ihr Scharfsinn springt todesmutig über eine kassende
Bride hinweg,“ fiel ein anderer ein. „Wo soll das Geld geblie-
ben sein?“
- „O, daran habe ich auch schon gedacht. Könnte es der Alte
nicht verbrannt haben?“
- „Erlauben Sie mal, mein Lieber, es waren zwanzigtau-
send Mark bares Geld dabei!“
- „Na, dann hat er's vielleicht vergraben.“
- „In seinem Zustand als Halbtooter? Nein, nein, mein
Bester, diese Sache bleibt immer noch sehr schmerzhaft.“
- „Meinetwegen,“ sagte Mallwitz gleichgültig.
- Frei fühlte bei diesem Fortgang des Gesprächs sein Blut
heißer und heißer werden. Sein Puls klopfte rasch, und er
hätte am liebsten den frivolen Menschen zu Boden geschlagen,
aber er nahm sich zusammen, bis die Zähne aufeinander und
blieb sitzen. Das Beste war wohl, er zahlte seinen Wein und
ging. Wollte dann die mit Paragrafen gesüllten Gerne-
große reden, was sie wollten, er hörte es nicht und wurde
nicht dadurch in Erregung verlegt! Eben wollte er seinen Ent-
schluß ausführen, als er direkt von sich sprechen hörte.
- „Und der junge Marlebe, wie denken Sie über ihn?“
fragte einer der Herren.
- „Frei von Marlebe?“ lachte Mallwitz. „Wollen Sie
ihn auch in Verbindung mit der Tat bringen?“
- „Kriminalistisch ist kein Ding unmöglich.“
- „Ne, mein Lieber, für so was halte ich diesen jungen
Mann für zu unbedeutend. Ist ja 'n richtiger Hudebrusel.“
- „Er ist aber bedeutend genug gewesen, sehr vorsichtig in
der Wahl seiner Braut zu sein.“
- „Die Geschichte vom blinden Stuhl! Außerdem ist noch

Präsident Fehrenbach eröffnet die heutige
Sitzung mit einer kurzen Begrüßungsansprache. Der
Präsident gedachte alsdann des schweren Verlustes,
den die Nationalversammlung durch den Tod des Abg.
Raumann erlitten hat. Das Haus erhob sich zu Ehren
des Andenkens des Heimgegangenen. Hierauf trat das
Haus in die Tagesordnung ein. Nicht weniger als
siebzehn kleine Anfragen wurden beantwortet. Hier-
auf beschäftigte sich das Haus mit der Beratung des
Tumultusabgesetzes.

Der Notetat, in dem neben einer Forderung
von 133 334 000 Mark für Kriegsteuerungszulagen an
Beamte, Lohnangestellte und Ruhegehaltsempfänger ein
neuer Kredit von 15 Milliarden Mark an-
gefordert wird für die Ausführungen des Friedens-
vertrages, insbesondere für den Wiederaufbau sowie
für sonstige Verwendungen wurde in allen drei Be-
ratungen bewilligt.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 30. September 1919.

Kleine Anfragen.

Die Vorlage über die Zahlung einer einmaligen
Teuerungszulage für die preussischen Beamten war auch
heute immer noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt.
Bekanntlich ist die Beihilfe an die Reichsbeamten bereits
zur Auszahlung gelangt. Dies gab dem Abg. Meyer-
Herford (D. Vp.) Veranlassung, auf diesen Mißstand
aufmerksam zu machen und eine umgehende Verab-
scheidung der Vorlage zu befordern. Nachdem die
Vorlage über die Zahlung eingegangen ist, wird auch die
Angelegenheit umgehend zur Beratung gelangen.

Nach dieser kurzen Geschäftsordnungsdebatte gab
es eine ganze Menge kleine Anfragen, von denen u. a.
die Anfrage über die Befreiung des Kölner Poli-
zeipräsidentenpostens besondere Beachtung ver-
dient. Auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Mo-
denbauer (D. Vp.) warum der Kölner Polizei-
präsident v. Glaserapp einem sozialdemokratischen Par-
teifunktionär hat weichen müssen, antwortet ein Regie-
rungsvertreter: Die Befreiung erfolgte aus dienst-
lichen Gründen. (Guten rechts.) Der Nachfol-
ger des Herrn von Glaserapp steht seit langer Zeit
in der rheinischen Arbeiterbewegung, hat große Er-
fahrung und ist mit den örtlichen Verhältnissen beson-
ders vertraut.

Ernährung verdient auch noch eine Anfrage über
das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in
Sibirien. Die Antwort lautete dahin, daß wegen
des Abtransportes mit der amerikanischen Regierung
Verhandlungen im Gange seien, außerdem sei ein Be-
satzabtransport abgegangen, der auch Briefe mit
sich führe.

nicht aller Tage wert.“

„Das klingt ja sehr geheimnisvoll.“
„Ja, jedes Weib ist eine Festung, die erobert werden
kann, wenn man es richtig anstellt.“
„Gaha, und das verstehen Sie, Mallwitz. Schön ist sie ja.
Und Mamon hat sie auch, nicht wahr?“
„Das will ich meinen! Drei Millionen.“
„Markt?“
„Nein, gute Doh.“
„Donnerwetter, Mallwitz, Sie sind vorsichtig in der Wahl
Ihrer Zukünftigen. Und woher wissen Sie das?“
„Selbstverständlich hab ich mich bei einer tüchtigen Aus-
kunft über die Verhältnisse der Dame eingehend erkundigt.“
„Boh Wils!“ rief einer ganz hinter den Rücken, der bis jetzt ge-
schwiegen hatte, „das sind ja über zwölf Millionen Mark!“
Mallwitz, Mensch, wenn Sie erst in diesem goldenen Nest
sitzten, kann man hoffentlich einen heftigen Pump bei Ihnen
anlegen?“

Alle lachten fröhlich, und einer rief: „Stoßen wir an auf
Mallwitz, den zukünftigen Dollarhändler! Möge es ihm gelin-
gen und möge er seine guten Freunde nicht vergessen!“

Die Gläser klirrten, und der Gefeierte sagte hochtrabend:
„Danke, meine werten Freunde: Felicia sei das Panier!“
„Da hielt Frei nicht mehr an sich. Energisch sprang er auf
und trat um die Holzwand an den Tisch der kleinen Gesell-
schaft. Er sah sich fünf elegant gekleideten Herren gegenüber,
die sich zum Hoch erhoben hatten und in deren Mitte Mallwitz
stand. Er ging auf ihn zu, tippte kräftig auf seine Schultern
und sagte laut: „Herr Assessor, ich habe die Ehre, der Bräu-
tigam von Fräulein Felicia Molesworth zu sein.“

Alle ließen verdutzt die Gläser sinken. Einige neugierige
Kellner kamen langsam näher geschlichen, mehrere Gäste an
fernem Tischen reckten die Häse. Es herrschte plötzlich eine un-
heimliche Stille in dem großen, stilvollen Saale.

Mallwitz runzelte die Stirn, faßte sich aber und sagte mit
erzwungener Gleichgültigkeit: „Das wußte ich bereits, Herr
von Marlebe. Warum sagen Sie mir das?“

Frei brauste auf. „Ich sage es Ihnen, Herr Assessor, um
Ihnen zu verbieten, weiter in diesem Ton von meiner Braut
zu sprechen.“

„Ich bin nicht gewöhnt, mir von fremden Leuten Vor-

Siehe auf wurde

die zweite Beratung des Staatshaushaltsplanes für
das Finanzministerium

fortgesetzt.

Im Verlauf der Debatte verteidigte der Landwirt-
schaftsminister Braun seine Verordnung über den Ab-
schluß von Darlehensverträgen mit den Landarbeitern, die
zur Sicherung der Ernte notwendig gewesen seien. Der
erfreute Erfolg sei eingetreten. Die Beunruhigung,
die diese Verordnung angeblich in ländlichen Kreisen
herborgehoben habe, sei von einer gewissen Presse künst-
lich erregt. Die Verordnung werde aufgehoben wer-
den, sobald keine Gefahr mehr für unsere Ernte be-
stehe.

Auf Brauns Ausführungen folgte eine zweite Mi-
nisterrede. Finanzminister Südekum stellte fest, daß
das Einnahmefakten im letzten Jahre eine erfreu-
liche Vermehrung erfahren habe, doch habe dies nur
nominal Bedeutung. Die Eisenbahnen haben 10 bis
13 Millionen täglich Fehlbetrag, Preußens Finanzen
könnten demnach in weniger als einem Menschen al-
ter gesunden, wenn nicht die unerhörten grauenamen, bei-
nahe überwiegenden finanziellen Forderungen des Frie-
densvertrages dies verhinderten. Die Reichsregierung
sehe sich verpflichtet, soweit es ihr möglich, die Bedin-
gungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Die Lan-
desregierungen müssen sie hierin unterstützen.

Eine neue Drohnote.

Die Entente fordert unverzügliche Räumung des
Baltikums.

Wie bereits angekündigt, hat die Entente der deut-
schen Regierung abermals eine Note über die Räu-
mung Kurlands und Litauens zugestellt. Die Alliierten
weisen nochmals auf die von Deutschland im
Waffenstillvertrag übernommenen Verpflichtungen hin,
wonach sämtliche deutsche Truppen, die augenblicklich
auf Gebieten stehen, die vor dem Kriege zu Oester-
reich-Ungarn, Rumänien oder der Türkei gehörten,
unverzüglich hinter die Grenze Deutschlands vom
1. August 1914 zurückgezogen werden müssen.

Auch die Truppen, die sich gegenwärtig auf Ge-
bieten befinden, die vor dem Kriege zu Rußland ge-
hörten, müssen gleichfalls hinter die oben beschriebe-
nen Grenzen Deutschlands zurückgenommen werden. Die
deutsche Regierung versucht, so heißt es in der neuen
Note der Alliierten, sich obiger Verpflichtung zu ent-
ziehen durch einen Bericht, der Gründe aufführt,
die die alliierten Mächte nicht als stichhaltig aner-
kennen können. Die alliierten Regierungen lehnen es
insbesondere ab, zuzulassen, daß die deutsche Regie-
rung sich der ihr zufallenden Verantwortung dadurch
entzieht, daß sie vorgibt, nicht die Macht zu haben,

Christen machen zu lassen, am allerwenigsten von Ihnen.“

„Ob Sie's gewöhnt sind oder nicht, ist mir gleich. Eigentlich
müßten Sie sich wegen Ihrer respektlosen Äußerung bei mir
entschuldigen; ich will aber darüber hinwegsehen und sie auf
das Konto des genossenen Alkohols setzen. Wollen Sie es je-
doch nicht, in dieser Redeweise fortzufahren! Es könnte Ihnen
schlecht bekommen.“

Er nahm eine Stellung ein, als wenn er bereit wäre, den
Assessor im nächsten Augenblick niederzubrennen.

Dieser war sehr bleich geworden und suchte sich einen mög-
lich vornehmten Rückzug zu sichern. „Kellner, zahlen!“ rief er
und dann setzte er zu Frei gewandt hinzu: „Sie werden vom
mir hören, mein Herr!“

Frei sah ihn von oben bis unten verdächtig an, grüßte die
Kellner und drehte sich um. Er bedachte sich zur Beruhigung
noch eine halbe Flasche Wein, während die fünf Herren, jetzt
sehr leise und gestimmt miteinander sprechend, das Lokal ver-
ließen.

10. Kapitel.

Am Morgen des folgenden Tages hatte sich Frei nach dem
Frühstück eben rasiert und einen Blick in die Zeitung geworfen,
als ihm vom Mädchen zwei Briefchen in den Schoß geworfen
wurden. Hans von Brigelwitz, Rittergutsbesitzer, Leutnant d. R.
las er auf der einen, Müller, Rittmeister-Assessor, auf der an-
dern.

Ihm dämmerte sofort, weswegen diese ihm gänzlich unbe-
kannten Herren zu ihm kommen möchten. Aber er fühlte sich
nicht im mindesten bedrängt und sagte frohgelaunt: „Ich
lasse die Herren bitten.“

Die beiden Besucher betrachteten sich sehr förmlich, nachdem
sie sich nochmals nicht ohne Feierlichkeit persönlich vorgestellt
hatten. Herr von Brigelwitz, groß, breitschulterig, blond und
frisch, nahm zuerst das Wort und sagte mit einer gewissen Leut-
seligkeit, daß Herr von Marlebe wohl wissen werde, weswe-
gen sie kämen.

Auf die verunsicherte Miene des Angeredeten fiel der Herr-
gutsbesitzer, ein schlanker, bleicher, schwarzhaariger Herr
ein: „Wir können ja gleich wieder gehen. Sie werden selbst ge-
fühl haben, daß Sie Herrn von Mallwitz wegen Ihres ge-
stirnen Benehmens in dem Weinrestaurant Genugtuung schul-
dig sind, Herr von Marlebe.“

(Fortsetzung folgt.)

die im Baltikum stehenden Truppen zum Gehorsam zu zwingen. Sie ersuchen demgemäß die deutsche Regierung, unverzüglich die Zurückziehung der sämtlichen deutschen Truppen, Stäbe und Dienststellen, die sich in den baltischen Provinzen noch befinden, in Angriff zu nehmen und desgleichen die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um alle Deutschen, die nach der Demobilisation Dienste in den russischen Formationen angenommen haben, hinter die obige beschriebene Grenze zurückzuführen.

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, daß sie bis zu dem Zeitpunkt, wo sie festgestellt haben, daß ihrem Ersuchen voll entsprochen wird, keinerlei von der deutschen Regierung unterbreiteten Anträge bezüglich der Verforgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen in Betracht ziehen werden.

Sie haben infolgedessen Antzeigung gegeben, keinem dieser Anträge stattzugeben. Im übrigen werden die alliierten Regierungen alle finanziellen Erleichterungen, die die deutsche Regierung gegenwärtig genießt, oder die die deutsche Regierung bei den alliierten Regierungen oder deren Angehörigen zu erlangen sucht, ablehnen.

Wenn die deutsche Regierung weiterhin ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, werden die alliierten Mächte alle ihr erforderlich scheinenden Maßnahmen ergreifen, um die Ausführung der genannten Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages sicherzustellen.“

General von der Goltz abberufen.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat die Regierung auch den Oberbefehlshaber der Truppen im Baltikum, General v. d. Goltz, schon in der vorigen Woche abberufen, nachdem seine Bemühungen, die Truppen zur gütlichen Räumung des Baltikums zu veranlassen, erfolglos geblieben sind. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung nichts unversucht gelassen hat, um ihren schon längst erteilten Räumungsbefehl zur Durchführung zu bringen. Da gütliche Mittel keinen Erfolg gehabt haben, so hat, wie bereits mitgeteilt, die Regierung Gewaltmittel anzuwenden müssen. Es ist bekanntlich die Einstellung der Räumungsbefehle und des Transportes von Lebensmitteln angeordnet worden. Außerdem ist den unehorchen Truppen angedroht worden, daß sie für den Fall weiterer Gehorsamsverweigerung jeglicher Versorgungsansprüche verlustig gehen würden. Die Regierung, die wiederholt darauf hingewiesen hat, daß ihr weitere Mittel nicht zur Verfügung ständen, hat sich außerdem dazu bereit erklärt, eine deutsch-interalliierte Kommission zur Überwachung und Durchführung der Räumung in das Baltikum zu schicken. Wenn auch die Note der Entente über die sofortige Räumung des Baltikums kein Ultimatum darstellt, so wird doch das Reichskabinett unverzüglich zu der Note Stellung nehmen und in einer Antwortnote seinen Standpunkt darlegen.

Fortsetzung der Lebensmittelzufuhr.

Für Nichtstellung muß festgestellt werden, daß die baltische Note der Entente die laufende Lebensmittelzufuhr aus dem Auslande nicht beeinflussen wird. Diese erfolgt auf Grund von lange abgeschlossenen Abmachungen. Die Note ihrerseits nimmt nur auf neue Anträge zur Lebensmittel- und Rohstoffversorgung Bezug. Die in ihr angekündigte Sperre ist somit sozusagen langfristige oder wenigstens auf eine spätere Zeit berechnet, so daß die ganze Lage der Lebensmittelversorgung nicht übermäßig zugespitzt wird.

Unterbrechung der Gefangenen-Transporte?

Die französischen Zeitungen lassen keinen Zweifel, worin die Maßregeln der Entente gegen Deutschland bestehen würden. In der vollständigen Einstellung jeder Lieferung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen und in der Unterbrechung der Gefangenen-transporte. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ berichtet, daß die Vertreter der Großmächte in Paris hinter der Unbarmherzigkeit des Generals von der Goltz einen Versuch der Militärpartei erblickten, die Möglichkeit zur Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland offen zu halten. Nach Privatmeldungen, die der Rat der Entente erhalten habe, betrage die Armee des Generals von der Goltz 50 000 Mann. Man befürchtet jedoch, daß es ihm ohne Schwierigkeiten gelingen werde, 300 000 Mann zusammenzubringen für den Fall, daß er ernstlich die Wiederherstellung des Deutschen Reiches und die Annulierung des Versailler Friedensvertrages unternehme.

Die bolschewistische Gefahr.

Die Beendigung der Friedensverhandlungen zwischen Lettland und Sowjet-Rußland ist Mitte Oktober zu erwarten. Der Zweck des Abkommens ist lettischen Zeitungsmeldungen zufolge die Vernichtung der antibolschewistischen deutsch-russischen Armee. Die Auflösung der bisherigen von Letten und Esten gehaltenen antibolschewistischen Front steht bevor. Dadurch ist die bolschewistische Gefahr in bedenklicher Nähe gerückt. Wie denkt sich die Reichsregierung erst den Schutz unserer Ostgrenze nach Zurücknahme der deutschen Truppen aus dem Baltikum?

Aus Mitau wird bereits ein schwerer Überfall lettischer Truppen in der Nähe von Dlat (20 Kilometer nordöstlich der Stadt) auf russische antibolschewistische Abteilungen gemeldet, bei dem es auf beiden Seiten zahlreiche Verluste gab, worauf die Letten sich zurückziehen mußten. Gleichzeitig wurde versucht, die in Mitau stehenden lettischen Soldaten gegen die deutsch-russischen in Marsch zu setzen. Die Regierung in Manisa fordert das ganze lettische Volk zur Erhebung gegen ihre angeblichen „Unterdrücker“ auf. „Jedes Fenster“, heißt es in der lettischen Presse, „soll sich in eine Schießscharte verwandeln.“ Die Lage der deutschen Truppen ist demnach im Augenblick so bedrohlich, daß nur energische Maßnahmen sie vor Vernichtung bewahren können.

Die Uebergriffe der Belgier.

Die Anordnungen belgischer Behörden in Eupen und Malmédy.

Wie erinnerlich, haben sich die belgischen Besatzungsbehörden in den Kreisen Eupen und Malmédy gegen die deutschen Behörden verschiedentlich große Uebergriffe erlaubt. So hat der Verwaltungskontrolleur des Kreises Eupen an den Landrat dieses Kreises eine Zuschrift gerichtet, in der es heißt, er nehme an, daß sich der Landrat überhaupt nicht mehr um Verfügungen von der Berliner Regierung und dem hiesigen Regierungspräsidenten kümmere. Hierzu nahm die deutsche Regierung in einer Note vom 1. August Stellung, in der sie ausdrücklich betont, daß ein Eingreifen der belgischen Behörde vor der Ratifikation des Friedens unzulässig sei. Hierzu kommen die Vorgänge auf dem Bahnhof Herbesthal. Dort hatte der belgische Bahnhofskommandant den deutschen Behörden mitgeteilt, sie hätten unverzüglich den Bahnhof und dessen Umgebung zu verlassen, die deutschen Bahnbetriebsämter jedoch unter gleichen Bedingungen wie in Deutschland in belgische Dienste treten. In einer weiteren Note hat die deutsche Regierung die Militärten, die belgische Regierung möge ihre Behörden auf das Unrechtmäßige ihres Vorgehens hinweisen.

In einer Antwortnote weist der Präsident der Friedenskonferenz Clemenceau darauf hin, daß das Hoheitsrecht über die in Rede stehenden Gebiete tatsächlich auf Belgien übergehen wird, und zwar vom Tage der Unterzeichnung des ersten Protokolls über die Uebergabe der Ratifikationen, falls nämlich die belgische Ratifikation an dem betreffenden Datum übergeben wird. Die belgische Regierung werde also, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist, für die Befugnis aller öffentlicher Ämter in den abgetretenen Gebieten zu sorgen haben; unter den Beamten, deren Ernennung sie zu sichern haben wird, befinden sich auch die Eisenbahnbeamten. Wenn die belgischen Behörden bereits jetzt die Maßregeln vorbereiten, die geeignet erscheinen, diese Uebertragung des Hoheitsrechtes künftighin zu erleichtern, beabsichtigen diese Behörden, so sagt Clemenceau höflich hinzu, lediglich das Interesse der Bevölkerung (!) der Gebiete wahrzunehmen, welche binnen kurzem unter belgische Hoheit treten werden. Uebrigens sei es in Erwartung des Inkrafttretens des Vertrages den belgischen Behörden vollkommen gestattet, in ihrer Eigenschaft als besetzende Macht in direkte Beziehungen zu den Beamten der preussischen Eisenbahnverwaltung zu treten. Die belgische Regierung wolle sich übrigens nicht mit der deutschen Regierung in Verhandlungen einmischen in betreff der Fragen, welche sich auf die Ausführung des Vertrages in den Kreisen Eupen und Malmédy, in Neutral-Moresnet und im Preussisch-Moresnet beziehen. Sie mache jedoch zur Bedingung, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtige, bei dieser Gelegenheit in irgend etwas den Wert der belgischen Hoheitsrechte zu bestreiten.

Die Antwort der Entente auf die Noten der deutschen Regierung überläßt geistlich, daß der deutsche Verzicht in Artikel 734 ebenso wie der ganze Friedensvertrag noch nicht in Kraft getreten ist. So lange dies nicht geschehen ist, besteht in dem Kreise Eupen und Malmédy die deutsche Souveränität genau so fort wie in den übrigen besetzten Gebieten, und die belgische Regierung hat dort keine anderen Befugnisse, als die der Okkupationsmacht. Die Beweisführung, daß sie bei ihren jetzigen sogenannten „vorbereitenden“ Maßnahmen ihre Rechte nicht überschreite und dabei lediglich das „Interesse der Bevölkerung“ wahrnehme, ist völlig willkürlich und unhaltbar. Sie nimmt vielmehr lediglich ihr eigenes Interesse wahr im Sinne einer Einwirkung auf die in den beiden Kreisen vorgesehene Listenabstimmung.

Aus der Schlussbemerkung der Clemenceaufheft Antwort, welche die belgische Verhandlungsberechtigung zu erkennen gibt, darf man immerhin folgern, daß die belgische Regierung sich tatsächlich bewußt ist, daß von ihren Behörden Uebergriffe begangen worden sind.

Politische Rundschau.

Wie verlautet, sollen demnächst vom Reichswirtschaftsministerium Maßnahmen zur Verhinderung der übermäßigen Einfuhr von Genussmitteln wie Tabak und Schokolade ergriffen werden.

Der Zolldienst an der Saargrenze beginnt. Zollgrenze ist Türlsmühle, auf dem Landwege Leitersweiler bei St. Wendel. Das ganze Gebiet untersteht dem Hauptzollamt Kreuznach.

Der preussischen Landesversammlung ist der schon angekündigte Entwurf zugegangen, der der Staatsregierung einen weiteren Betrag bis zu 550 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um Gemeinden zur Erleichterung ihrer Ausgaben für Kriegswohlfahrtszwecke sowie zur Verbesserung von Lebensmitteln beihilfen zu gewähren.

Auf Anordnung des preussischen Staatsministeriums sind bis zur Durchführung des Friedensvertrages alle laufenden Verwaltungsausgaben für das Memelgebiet ohne Rücksicht darauf zu leisten, daß nach dem Friedensvertrage das Memelgebiet von Deutschland abgetreten wird. Desgleichen sollen die vorhandenen preussischen Behörden bis zur Durchführung des Friedensvertrages grundsätzlich unverändert bestehen bleiben.

Generalquartiermeister Gröner wird, nachdem er nach Auflösung des Großen Hauptquartiers von seinem Posten geschieden ist, in Schwäbisch-Gmünd, der Heimat seiner Gemahlin, Aufenthalt nehmen.

General Ludendorff läßt die Nachricht des „Vorwärts“, daß er die Honorare, die er für sein Buch erhalten, den Kriegserlegten und Kriegshinterbliebenen überwiesen habe, dementieren.

Die Neubildung des Reichskabinetts.

Die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über den Wiedereintritt der Demokraten in die Reichsregierung scheinen darin zu liegen, daß die Demokraten auf wirtschaftlichem Gebiete wenig Neigung zeigen, nachzugeben. Besonders in der Frage der Betriebsräte verharren sie auf ihrem alten Standpunkt, da sie wohl die Befürchtung hegen, daß ein großer Teil ihrer Wählerschaft mit einem Nachgeben in dieser Frage nicht einverstanden sein dürfte. Trotzdem

ist anzunehmen, daß eine Grundlage gefunden wird, auf der eine Einigung möglich ist, so daß die Verhandlungen doch mit dem Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung enden werden.

Wichtige Zusammenkünfte in Mannheim.

In der badischen Anilin- und Sodafabrik kam es zwischen der französischen Wache und den Arbeitern aus Ursachen, die noch nicht völlig aufgeklärt sind, zu einer großen Schlägerei. Die Franzosen mußten schließlich vor der Menge weichen, worauf der Wachtmeister eine Salve abgeben ließ. Zwei Zivilisten wurden getötet und eine Anzahl verletzt. Die Gewerkschaft fordert nunmehr die Befreiung der Wache, die überflüssig sei.

Wichtige Besprechungen über Oberschlesien.

Dienstag nachmittag fanden in Berlin wichtige Besprechungen über die oberschlesische Frage statt, an denen das Reichskabinett, das preussische Kabinett, die oberschlesischen Abgeordneten der preussischen Landesversammlung, eine aus zwei Zentrumsleuten, zwei Sozialdemokraten und einem Demokraten bestehende Unterkommision, ferner der Doppelner Regierungspräsident und auch der Reichskommissar Börling teilnahmen.

Die Aufhebung des Bankgeheimnisses. Der Ausschuß der Nationalversammlung für die Reichsabgabenordnung erledigte den § 175 (Befugnis der Finanzbeamten zum Betreten von Grundstücken und Räumen der Steuerpflichtigen). Ein Zentrumsmitglied hatte die Veränderung beantragt, daß das Betreten nur zulässig ist, um im Steuerinteresse an Ort und Stelle nötige Abschätzungen innerhalb der üblichen Geschäfts- oder Arbeitszeiten vorzunehmen. Weiter wurde vom Zentrum beantragt, daß der Steuerpflichtige Wertpapiere auf Verlangen vorzulegen und Einsicht in die Verhältnisse zu gewähren oder zu verschaffen hat, in denen er sie aufbewahrt. Beide Zentrumsanträge wurden angenommen. Unverändert angenommen wurde § 177 (Vernehmung von Zeugen vor dem Finanzamt im Steuerermittlungsverfahren, insbesondere Vernehmung von Angestellten). Ebenso wurde angenommen § 181, wonach die Verpflichtung öffentlicher Behörden und Beamten einschließlich der Beamten der Reichsbank, der Staatsbanken und der Schulbuchverwaltungen zur Verschwiegenheit nicht für ihre Amtspflichten gegenüber den Finanzämtern gilt. Nur die Post- und Telegraphenbeamten bleiben ausgenommen.

Der preussische Minister des Innern für ein Groß-Prüfung. Wie der preussische Staatssekretär bekannt gibt, hat sich der preussische Minister des Innern seine bezüglich des Anstufes der thüringischen Staaten an Preußen dahin ausgesprochen, daß ein solcher in Frage kommen könne, wenn ihn sämtliche thüringischen Staaten vollzogen. Der preussische Minister erklärte ausdrücklich, daß er die Schaffung des großthüringischen Staates unter Einbeziehung des Stadt- und Landkreises Erfurt als das Zweckmäßigste halte. Sein Bestreben werde es sein, die in preussischen Gebietsanteilen herrschenden Widersprüche zu beseitigen und den Zusammenschluß zu ermöglichen.

Heimkehrende deutsche Kriegsgefangene für Ruhe im Lande. 2500 im Durchgangslager Altengrabow anwesende deutsche Kriegsgefangene lassen der Presse folgende Erklärung zugehen:

„Durch neue Unruhen im Lande wird die Heimkehr unserer in Frankreich gefangen gehaltenen Kameraden gefährdet, unser Vaterland in immer größeres Elend gestürzt und unsere gefangenen Kameraden der Verwundung und dem Verderben preisgegeben. Wer es selbst durchgemacht hat, weiß, welche Gefahren und welches Elend ein Winter für in Gefangenschaft Schmachende bedeutet. Wir erklären deshalb nochmals, voll bezeugt der Tragweite dieser Rundgebung: Wir wollen Ruhe im Lande, um unsere Kameraden aus der Gefangenschaft zu befreien, und, wenn nötig, werden wir die Regierung mit allen Kräften unterstützen.“

Rundschau im Auslande.

In Polen wurden infolge des Kohlenmangels die Betriebe sämtlicher Papierfabriken eingestellt.

Nach einer Mitteilung des früheren Finanzministers beträgt das Defizit in der Tschecho-Slowakei sechs Milliarden Kronen.

Polen: Die Abstimmung im Teschener Gebiet.

Der Oberste Rat der Alliierten hat der tschechischen und polnischen Regierung seine Entscheidung über die Abstimmung im Teschener Gebiet bekannt gegeben und hingewiesen, daß in den zwei Bezirken des tschechischen Gebietes die Abstimmung nach Räumung durch die tschechischen und polnischen Truppen unter der Kontrolle einer alliierten Kommission stattfinden wird. Die Kommission wird in den nächsten Zeit bestimmt werden. Den polnischen und tschechischen Vertretern ist eine beratende Stimme zuerkannt worden.

Rumänien: Militärregierung in Rumänien.

Nach einem Privattelegramm des „Temps“ aus Bukarest ist nun die Militärregierung als „Zeit“ zu betrachten. Der Kriegsminister des Kabinetts Bratiano, General Voitovici, habe es übernommen, das Kabinett zu bilden. Er habe sich der Mitarbeit mehrerer Generale, sowie von Vertretern Siebenbürgens, Bessarabiens und der Bukowina versichert. Das Ministerium habe sich außerhalb der Parteien gebildet. Mit Ausnahme des Ministeriums des Inneren befinden sich sämtliche Portefeuilles in den Händen von Generalen. Zum Minister des Inneren wurde der gewesene Gesandte in London, Mişu, ernannt, welcher auf der Friedenskonferenz als Delegierter Rumäniens fungierte. Als Wahrscheinlichkeit nach wird die neue Regierung in der äußeren Politik diejenige Brantianus weiter verfolgen, nämlich den Widerstand gegen den Friedensvertrag in seiner heutigen Form.

England: Der Eisenbahnerstreik.

Der sozialistische „Daily Herald“ erklärt, daß man glaubt, daß die Verwendung von Militär zu einem Auslande der Transport- und Grubenarbeiter führen könne. Es freiten bereits 80 000 Mann. Fast alle Fabriken müßten schließen. Die Nahrungsmitteltransporten sind überall herabgesetzt worden. Man ist tatsächlich wieder zu den Kriegsverhältnissen zurückgekehrt. Die „Westminster Gazette“ vertritt, daß die Eisenbahndirektion bereits vor einiger Zeit einen Plan gemacht hat, um Nahrungsmittel im Falle eines Eisenbahnerstreiks heranzubringen, um namentlich die arbeitswilligen Beamten so gut wie möglich zu schützen. Dieser Plan bezog sich nicht nur auf den Nach, sondern auch auf den Fernverkehr. Wegen der großen Stauung im Verkehr nach und von dem Kontinent wird vom Montag mittags ab die englische Post nach Havre durch Flugzeuge befördert.

Vermischte Nachrichten.

— Heimkehr der Gefangenen aus französischer Gefangenschaft. Wie die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene meldet, hat die Schweizerische Gefangenschaft in Paris amtlich mitgeteilt, daß die in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen alsbald nach der Unterfertigung des Friedens in die Heimat zurückbefördert werden. Da die Unterfertigung wahrscheinlich in den nächsten Tagen vollzogen wird, kann daher mit einer baldigen Abfertigung gerechnet werden. Die deutsche Regierung wird dann selbstverständlich alles tun, um die Abfertigung, soweit es irgend in ihrer Macht liegt, zu beschleunigen.

— Wieder weißes Brot. Die Ausmahlung des Brotgetreides wird vom 15. Oktober an auf einen niedrigeren Prozentsatz gesetzt und dadurch eine Verbesserung des Brotes herbeigeführt. Roggen wird auf 82 Prozent, Weizen auf 80 Prozent (bis jetzt 94 Prozent) ausgemahlen, Weizen auf 75 Prozent. Da die bis zum 15. Oktober fertigen Vorräte zunächst aufgebraucht werden müssen, kann die Verbesserung des Brotes erst 2-3 Wochen später in Erscheinung treten. Eine Folge der Neuordnung ist eine am 15. Oktober beginnende Verteuerung des Brotes, da die Mehre nur zum Teil vom Staat übernommen werden sollen. — Nachdem die Vorräte an ausländischem Weizenmehl, die bisher als Roggenmehl verteilt wurden, jetzt völlig erschöpft sind und weitere nennenswerte Mengen für die nächste Zeit nicht zu erwarten sind, soll der verorgungsberechtigten Bevölkerung jetzt Roggenmehl als Roggenmehl zugeführt werden. Es handelt sich um Roggen-, Gersten- und Weizenmehl. Das Mehl ist beste helle Ware und zu etwa 60 Prozent ausgemahlen.

— Die Drescharbeiten für Brotgetreide sind, wie die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats in ihrem Wochenbericht meldet, immer mehr in Gang gekommen und werden auf vielen Gütern mit solcher Energie betrieben, daß voraussichtlich die Ablieferungen in ihrer Gesamtheit großen Umfang gewinnen. Bei der beschränkten Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen gewinnt die Expedition der Ablieferungen von Brotgetreide an die Reichsgetreidekasse auf dem Wasserwege wachsenden Umfang. Auch der private Verkehr bedient sich allmählich der Verladung der Waren in Rähne in vermehrtem Maße, jedoch nur der Not gehorchend. Die Hafenspreisen sind im freien Verkehr infolge des abnehmenden Angebotes und des erhöhten Wertes des Besatzes, wie solcher sich aus den beschriebenen Maßnahmen des vorläufigen Drückverbotes und der Versandvorschriften auf den Bahnen ergibt, weiter gestiegen. Auch veranlaßt das Bedorfsfieber der Frachtkostensteigerung um 50 Prozent vermehrte Kaufkraft für schnell erreichbare Ware.

— Erhöhung der Preise für Bahnfahrkarten. Die Preise für die Bahnfahrkarten werden vom 1. Oktober an erhöht. Bisher kostete eine Bahnfahrkarte zehn Pfennige. Jetzt ist der Preis auf 20 Pfennige erhöht worden.

— Der Seemannsstreik zusammengebrochen. Der Streik der Seemannsbündler kann als vollständig verfallen und zu einem Zusammenbruch angesehen werden. Der ausgedehnte Streik, der sich abgelehnt von ganz geringen Ausnahmen, kaum gebrochen worden, da die Mannschaften größtenteils an Bord blieben. In der Voraussicht ihrer Niederlage hatte die Streikleitung der Seemannsbündler auch am Sonntag die zur Rückbeförderung unserer Gefangenen von England bestimmten Dampfer freigegeben, allerdings erst, nachdem diese bereits mit anderen Mannschaften in See gegangen waren. Auch in den Kreisen der Fischdampfermannschaften behielten die besonnenen Elemente immer mehr die Oberhand. Nachdem bereits von Hamburg und Rostock aus Fischdampfer in See gegangen sind, sind nunmehr auch von Vöhrden Dampfer ausgelaufen. In Altonaer Neederkreisen besteht die Hoffnung, daß gerade wie in Geestemünde, wo in diesen Tagen 16 Fischdampfer den Hafen verließen, weitere Dampfer zum Gang ausfahren können, da sich arbeitswillige Fischer genug melden. Die Fischer von Hamburg nach Island sind wieder aufgenommen. Als erstes Schiff hat der deutsche Dampfer „Dione“ mit einer vollen Ladung Salz von Hamburger Hafen nach Neißavik verlassen.

— Der Berliner Metallarbeiterstreik nimmt ständig an Ausdehnung zu. Die Zahl der betroffenen Betriebe beträgt jetzt 125, während 103.600 Arbeiter feiern. Die Zahl der Betriebe, deren Belegschaften sich am Streik beteiligen wollen, ist auf 156 gestiegen. Der Streik droht auf die Gas- und Elektrizitätswerke überzugreifen. Die unüberwindlichen, hinter den Rücken arbeitenden Streikleiter scheuen also nicht zurück vor einer Wiederholung der Zustände, die der letzte Generalstreik in Groß-Berlin herbeigeführt hat. Um die schlimmsten Notstände zu verhüten, wird die technische Nothilfe — eine zivile, nicht eine militärische Einrichtung — eingegriffen und die lebenswichtigen Betriebe soweit irgend möglich aufrecht erhalten. Sie ist größtenteils in der Lage, tausende von Arbeitern und Technikern dafür bereit zu stellen. Die Behörden sind bemüht, eine Verständigung zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern herbeizuführen. Auf Veranlassung des Oberbürgermeisters Vermuth sind Vertreter beider Parteien zu einer Aussprache im Rathaus zusammengetreten. Eine Einigung konnte bis jetzt noch nicht erzielt werden.

— Außenverbot im Rheinland-Gebiet. Rheinische Zeitungen berichten: „Die ungünstige Entwicklung der Ernährungsfrage bedingt eine schärfere Kontrolle und Einschränkung des Mehlverbrauchs. Es ist deshalb für den Umfang des Regierungsbezirks Köln vom 5. Oktober ab die Herstellung und der Verkauf von Kuchen, Torten und sonstigen Backwaren aus in- und ausländischem Weizen, Roggen- und Gerstenmehl verboten worden.“

— Vom Häuslersohn zum Millionär. In der bayerischen Gemeinde Gensleben erfolgte die Trauung der Komtesse Felice von Hohenhof und Bergen auf Schloß Egg mit dem Häuslersohn Gustav Adolf von Hohenhof. Die Komtesse ist Mitbesitzerin eines auf sechs Millionen Mark geschätzten, herrlich gelegenen Schloßgutes.

— Warburg, 1. Okt. Ein gewiß seltenes Gedekken kann am 1. Oktober d. J. unser Mitbürger Ch. r. S. o. h. l. begehen, nämlich das seiner Ueberrahme der Wirtschaft des hiesigen Hauptbahnhofes vor nunmehr 40 Jahren.

— Die Verkehrslage im Ruhrbezirk hat sich weiter verschlechtert, es fehlen täglich 8200 Wagen.

Aus Laasphe und Umgegend.

— Laasphe, 2. Okt. Die Aussichten auf bessere Witterung sind noch immer sehr gering. Das Barometer, welches sehr schnell gestiegen war, ist gestern ebenso schnell wieder gefallen. Die Wetterwarte kündigt Uebergang zu veränderlicher Witterung an.

— Die Kartoffelernte ist in unserer Gegend in vollem Gange. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist mit einer Mittelernte zu rechnen. Infolge der langen Trockenheit ist der Ertrag besonders in trockenen Lagen gering. — Rechtzeitige Zustellung der Kartoffel-Verzugscheine wäre den Verorgungsberechtigten sehr erwünscht.

— Laasphe, 2. Okt. (Zubiläum.) Am gestrigen 1. Oktober waren 25 Jahre verflossen, daß Frau Luise Wehn in Diensten des Herrn Geheimrat Dr. Guder steht, eine Tatsache, die in unserer heutigen Zeit nicht allzu oft zu verzeichnen und für beide Teile nur ehrend ist. Der wackeren Jubilarin, treuen Dienerin und Gehilfin, bekanntlich der „rechten Hand“ ihrer Herrschaft, unsere besten Glückwünsche.

— Laasphe, 2. Okt. (Gefangenenheimkehr.) Aus amerikanischer Gefangenschaft kommend, trafen dieser Tage die beiden Kriegsgefangenen Jakob Schäfer, Niederlaasphe und Fritz Wehn, Laasphe, hier ein.

— Laasphe, 2. Okt. Von einem heimgekehrten Kriegsgefangenen im Durchgangslager Münster wurde der Familie Feuring hier selbst die traurige Gewissheit zuteil, daß ihr Sohn Ludwig, der vor dreizehn Monaten als vermisst gemeldet wurde, auf einem englischen Verbandsplatz an den Folgen eines Bauchschusses gestorben ist.

— Laasphe, 2. Okt. (Turnerisches.) Das diesjährige Vereinswettkampftun soll am Sonntag den 2. November abgehalten werden.

— In Sachen der Belieferung unseres Kreises mit Auslands-Lebensmitteln ist folgender Bescheid des Herrn Staatskommissars für Volksernährung von Interesse:

Mein Bescheid vom 21. August 1919 — VI d 3195 — an Euer Hochwohlgeboren stützte sich auf Unterlagen der nachgeordneten Behörden, die sich nachträglich als unvollständig erwiesen haben. Neuere Feststellungen haben ergeben, daß die Nichtbelieferung des Kreises Wittgenstein mit Auslandslebensmitteln nicht in einer mangelnden Berichterstattung des Landrats Kreishaus ihre Ursache hatte. — Im übrigen dürfte die Angelegenheit damit erledigt sein, daß der Kreis Wittgenstein nach den mir gewordenen Mitteilungen tatsächlich nachbeliefert worden ist und wird.

Berlin W 8, den 12. Sept. 1919.

Preussischer Staatskommissar für Volksernährung.

Gen. 3563.

An den Abgeordneten Herrn Fritz Fries in Siegen i. W.

— H. A. Die „Frank. Ztg.“ bringt folgende Notiz: Ueber die Verordnung des Mehlpreises aus den Häuten von Schlachtwild und Schlachtpferden, der sich auf der Preissteigerung für rohe Felle gegenüber den früheren Höchstpreisen ergeben hat, ist jetzt eine neue Verordnung erlassen worden. Die Mehlpreise sollen auf den Tierhalter, das Reich und die Kommunalverbände zu je einem Drittel verteilt werden. Die Reichspreiskasse ermittelt nach Anhörung von Sachverständigen des Schlachtgewerbes und des Häutenhandels bis zum 15. jeden Monats, erstmals zum 23. Sept. auf Grund der vorhergehenden Häuteauktion den durchschnittlichen Mehlpreis und berechnet jeweils für die Zeit bis zum 14. des nächsten Monats, welcher Mehlpreis auf den Zentner Lebendgewicht der in diesem Zeitraum angelieferten Schlachttiere voraussichtlich entfällt. Der Kommunalverband, in dem die Schlachtung stattfindet, soll den ihm zufließenden Betrag zur Herabsetzung der Fleischpreise unter Gewährung eines angemessenen Rohgewinnes an den Tierhalter verwenden. Für Tiere, die am 15. Sept. oder später dem Tierhalter abgenommen worden sind, ist der erstmalig festzusetzende Zuschlag für den Tierhalter, falls er bei der Abnahme noch nicht in Rechnung gestellt wurde, nachträglich zu zahlen und ebenso der Anteil für das Reich abzuführen.

— Laasphe, 30. Sept. Zu der heutigen Stadtverordneten-Sitzung waren erschienen: Magistratsmgl. Mittelmann sowie sämtliche Stadtverordnete. Beigeordneter Fischer war als Vertreter der Stadt zu einer Besprechung nach Verleburg berufen worden. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung ein Antrag des Durchgangslagers Meisebach auf Bewilligung einer Beihilfe zur Verpflegung der Heimkehrer. Versammlung schließt sich dem Magistratsbescheid, wonach 100 Mk. zu bewilligen sind, einstimmig an. Punkt 2: Antrag der Sozialdemokratischen Partei betr. Uebertragung der Interessenvertretung der Stadt Laasphe gegenüber der kaiserlichen Verwaltung an Dr. Schüding. Die Mehrzahl der Anwesenden glaubt in der Versammlung am Samstagabend den Eindruck gewonnen zu haben, daß unsere Stadt keinen besseren Vertreter bekommen könnte, als Rechtsanwalt Schüding, Dortmund. Nach kurzer Aussprache wird der Antrag einstimmig angenommen und der Beitrag in Höhe von 60 Mk. bewilligt. Eine dreigliedrige Kommission, bestehend aus den Stadtv. Duchar, Müller und Steinweg soll sich sofort mit der Durchsicht der alten Regelle und Abrechnungen befassen. Da es sich bei diesen Umständen um eine größere Anzahl Akten handelt, deren genaue Prüfung vielleicht Monate in Anspruch nehmen könnte, soll nur das wichtigste Material herausgesucht werden. — Punkt 3: Festsetzung des Termins zur Bornahme der Neuwahl der Magistratsmitglieder und Genehmigung der Wahlordnung. Die verlesene Wahlordnung wird genehmigt, als Wahltermin der 14. Okt. festgesetzt. Neben dem als Wahlvorsteher fungierenden Stadtv. Vorsteher Mangel werden die Stadtv. Duchar und Koch als Beisitzer bestimmt. — Punkt 4: Verschiedenes. Einem Antrage des Rectors Bedebusch auf Zustandsetzung eines Zimmers soll nach vorheriger Prüfung durch Stadtv. Koch entsprochen werden. — Stadtv. Adams berichtet sodann über die geplante Verteilung der seinerzeit für unsere Kriegsgefangenen gesammelten Gelder in Höhe von 1979 Mk. Von einer gleichmäßigen Verteilung habe man Abstand genommen, es sollen dafür Beträge von 300 bis 50 Mk. an die bedürftigsten Familien unter besonderer Berücksichtigung der Kinderzahl sofort nach Rückkehr ihres Kriegsgefangenen zur Verteilung kommen. Versammlung ist mit der aufgestellten Liste voll und ganz einverstanden und beschließt, die für den guten Zweck gesammelten Gelder durch eine Beihilfe auf 2150 Mk. zu erhöhen. Stadtv. Vorst. Mangel glaubt im Namen aller zu sprechen, wenn er Herrn Superintendent Adams für die jahrelange mühselige Arbeit, die derselbe in der Kriegsgefangenenfürsorge geleistet hat, warmen Dank ausspricht. — Alsdann wird die Jagdverpachtung zur Sprache gebracht. Verschiedene Bestimmungen des Jagdvertrages geben zu längeren Erörterungen Anlaß. Es wird beschlossen, diese Sache als ersten Punkt auf die nächste Tagesordnung zu stellen. — Ein Antrag des Stadtverordn. Steinweg, der Magistrat möge dafür Sorge tragen, daß die städtischen Pferde innerhalb 3 Wochen nach vorheriger Bekanntmachung

öffentlich meistbietend versteigert werden, wird einstimmig angenommen. — Die Fahrkosten einer Abordnung zum Vortrage des Rechtsanwalts Schüding in Verleburg sollen von der Stadtkasse übernommen werden. — Stadtv. Bald rügt, daß die wöchentlich wechselnden Verteilungsstellen des Krankenmehls nicht bekannt gegeben würden, sodaß die Leute oftmals nach 5 bis 6 Metern laufen müßten, ehe sie an die richtige Stelle kämen. Stadtv. Vorst. Pränger erklärt, alles getan zu haben, um diesem Uebelstand abzuwehren. Das Verleburger Wirtschaftsamt habe auf wiederholtes Ersuchen stets rechtzeitige Benachrichtigung versprochen. Das hiesige Wirtschaftsamt habe aber immer erst die Benachrichtigung erhalten, wenn die Verteilung schon durchgewesen sei. — Wie Mag.-Mgl. Mittelmann zum Schluß noch mitteilt, ist die Wahl des Aufsichtsrates der Baugenossenschaft aus dem Grunde noch nicht erfolgt, weil die Genossenschaft noch nicht handelsgerichtlich eingetragen ist. Der Aufsichtsrat soll sich aus 3 Genossen, 3 Vertretern der Stadt und 3 Hausbesitzern zusammensetzen.

— Laasphe, 2. Okt. Im hiesigen Lichtspiel-Theater gelangt nächsten Samstag der größte Kulturfilm von Die Olsen „Pax aeterna“ („Der ewige Frieden“) zur Vorführung. Mit welchem Beifall der Film überall aufgenommen wurde, geht daraus hervor, daß die Spielzeit immer auf zwei und drei Wochen verlängert wurde. Als der Film in Kopenhagen vor einem geladenen Publikum von Diplomaten, Pressevertretern u. bedeutenden Papierten vorgeführt wurde, durchklang am Schluß das Haus ein Beifallssturm, wie er wohl in einem Lichtspieltheater noch nicht erlebt worden ist.

— Bericht über die Sitzung der Handelskammer für das südliche Westfalen. Sieb. Arnsberg, am 19. 9. 1919 zu Laasphe, Kreis Wittgenstein. (Schluß.) Bei der Frage der künftigen Interessenvertretung von Industrie und Handel wurde vom Syndikus der Standpunkt des Handelsministers betont, daß die reiche Sachkunde und Erfahrung, die in den Handelskammern liege, nicht beiseite geschoben, sondern verwertet werden müsse. Allerdings müßten sich die Kammern in ihren Organisationen auch den heutigen veränderten Verhältnissen anpassen, selbst wenn es gelte, persönliche Opfer zu bringen. Hierher gehöre auch die Frage des künftigen Wahlrechtes in den Kammern. Der Syndikus führte das Vorgehen verschiedener Handelskammern bezüglich Abänderung des Wahlsystems aus. Bei verschiedenen Handelskammern wird bereits nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht mit Wahlabschlüssen für die einzelnen Industrie-, Handels- und Gewerbegebiete gewählt. — Der Bildung von Ortsausschüssen der Kammer in den einzelnen der Kammer angeschlossenen Kreisen wurde nach einer vom Syndikus vorgeschlagenen Sachung zugestimmt. — Die Mitgliederbeiträge für 1919 im Kreise Wittgenstein sollen mit Rücksicht auf den erst im Juni erfolgten Anschluß nur zur Hälfte erhoben werden. — Es folgte die Auslosung der Mitglieder des Kreises Wittgenstein für die Ergänzungswahlen. Zu Mitgliedern des Kleinhandelsausschusses im Kreise Wittgenstein wurden gewählt die Herren: Ludwig Baegel, Verleburg, Vorsteher d. Weinberg-Verleburg, Anton Heise, Erndtebrück, Heine, Linde, Apotheke Cobet-Laasphe, J. J. Mehl-Laasphe. — Ein Antrag auf Verlegung des Postfachamtes 501 nach Dortmund oder Hagen bzw. Neuerrichtung eines solchen fand allgemeine Zustimmung, da die Ueberweisungen infolge der Besetzung Köln sowohl im Interesse einer pünktlichen Zahlung als auch der Zinsberechnung zu lange Zeit erforderten. — Zu dem Entwurf von Vorschriften über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter nahm die Kammer auf Ersuchen des Regierungspräsidenten in einem ausführlichen Gutachten Stellung, über das berichtet wird. — Es folgte die Erledigung verschiedener kleinerer Fragen, wie die Genehmigung zur Ausschreibung von Ersatzwahlen im Wahlbezirk Paderborn-Büren und in den Kreisen Warburg und Meisebach. — Ein wiederholt gestellter Antrag, zur Hebung der Kleingeldnot seitens der Kammer Notgeld zu verausgaben, fand diesmal allgemeine Zustimmung, da eine Befreiung durch Regierungsmassnahmen nicht abgewartet werden kann. Es sollen daher bald Erhebungen über die Möglichkeit und die Kosten der Herausgabe von Papiergeld in Stücken von 25 und 50 Pfennigen angestellt werden. Die Finanzkommission wird das weitere veranlassen. — Erörterungen über die Beitragspflicht der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe zu den Handelskammern und über Wünsche der Konsumvereine auf Zulassung besonderer Vertretungen in den Handelskammern bildeten den Schluß der Sitzung. — Als Ort für die nächste Sitzung wurde Nuttlar bestimmt.

Nur Samstag! Nur Samstag!

Gastspiel des Lichtspiel-Theaters Biedenkopff.

Der größte Kulturfilm der Gegenwart in 5 Akten:

„Pax aeterna“

(„Der ewige Friede“)

oder

„Das Erwachen d. Völkerbundes“

Dieser Film wurde schon im Anfang des Krieges in Dänemark vom Bunde der internationalen Friedensfreunde zur Belämpfung des Völkermordes hergeführt, wurde aber in Deutschland von der Zensur verboten.

Von Akt zu Akt spannender.

Die Nacht ist zu Ende, der Tag bricht herein, Und die Welt liegt wieder im Sonnenchein. Das Leben — ein einziger lichter Pfad — Weil der Friede naht, weil der Friede naht.

Du senkst den Blick vor der Menschheit Bild, Das Gäß in Blut und Asche gefüllt. O Herr, sei uns gnädig und segne die Saat — Weil der Friede naht, weil der Friede naht.

Erklinget ihr Gloden im jauchzenden Chor, Ein Gelächers trägt ihr mit euch empor, Das alle umschlingt zu verschönernder Zeit — Weil der Friede naht, weil der Friede naht.

2 fast neue Regulieröfen billigst abzugeben. Antragen an die Geschäftsstelle der Wittgenst. Ztg. erbeten.

Stundenmädchen in angenehme Stelle gesucht. Von wem? sagt die Geschäftsstelle der Wittgenst. Ztg.

Reichsware

in
wollenen Kinder-Kleidchen
für das Alter von 3-14 Jahren
in großer Auswahl,
sowie

grauen **Baumwollstoff**

angelommen.
Ferner empfehle
rohen Kessel, Halbleinen,
Hemdenbiber, Kleiderstoffe,
Kattune, Sweaters,
Damen-Unterröcke und -Hosen,
Kinder-Unterröckchen und
Leibchen,
Bettbarchent, Bettfedern,
Herren- u. Damenkostümstoffe.

Samstag den 4. Oktober bleibt mein
Geschäft geschlossen.

Moritz Rosenbaum,
Laasphe.

Petkuser

Winter-Saatroggen, 1. Abfaat,
Crewener

Winter-Saatweizen, 1. Abfaat,
gegen Saatkarten,

Ia. Hafer ohne Bezugschein
liefert

August Achenbach,
Nieder-Laasphe'r Mühle.

Prima gepflückte Nespel!

Verkaufe Samstag einen Waggon prima ge-
pflückte Winteräpfel, der Zentner 58 Mk.
Nächste Woche ein Waggon prima Zwetschen.
Alles Korbpackung.

Klinkert, Laasphe, Bahnhofstr.

Reparaturen an Nähmaschinen, Zen-
trifugen u. landwirtsch.
Maschinen werden prompt
ausgeführt.

Rudolf Rühlert, mechanische Werkstat.,
Siegen i. W., Kornmarkt 4.
Telefon 1152.

Ein Wegweiser im Sturme der Zeit,
eine Berliner Tageszeitung, die frei von jedem Parteizwang, mit ruhiger
Festigkeit den hereinflutenden Ereignissen folgt und tatkräftig für die
Verwirklichung sozialer Grundgeden tritt, ist die „Deutsche Warte“.

Herausgeber **A. Damschke.**
Bisher vom Tage, tägliche Unterhaltungsbeilage und wöchentlich
sechs Beiläuter. Bezugspreis monatlich Mark 1,50 (Bestellgeld
35 Pfennig). Probennummer sowie Verzeichnisse empfehlenswerter
Schriften über Bodenreform, Heimstätten, Obst- und Gartenbau,
Kleintierzucht, Gesundheitspflege, Fortbildung usw. überfenbet
Verlag und Buchhandlung „Deutsche Warte“
Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19.
— Postfachkonto Berlin 21068. —

Neuer erschienen:

Neue W.T.B.-Karte
Deutschland u. Deutsch-Österreich
nach dem Friedensschluß

auf Grund amtlicher Quellen bearbeitet.

Die Karte enthält:

Das deutsche Sprachgebiet sowie die
genauen Angaben der ursprüng-
lichen Forderungen der Entente
und der tatsächlichen Zugeständnisse.

Zum Preise von **Mk. 1.-**
durch die Geschäftsstelle der Wittgenst. Ztg.

Bekanntmachung.

Wir nehmen Zeichnungen auf die
4% Westfälischen Provinzial-Schuldver-
schreibungen zum Vorzugskurse von
95,65 % in der Zeit vom 24. Septbr.
bis 11. Oktober entgegen.

Laasphe, den 23. Sept. 1919.

Kreisparkasse Laasphe.

Arbeiter

für dauernde Beschäftigung gesucht.
Gustav Berger & Cie., Grndtebrück.

Ludwig Schröder,

Laasphe,

Kürschnerei.

Anfertigung von Pelzwerk,
Reparaturen, Umarbeitungen
in eigener Werkstat sachgemäß.
Zurichten (gerben) und Färben aller Fell-
Arten unter Garantie für weiches, zugiges
Leber und spielendes Haar.
Fell-Teppiche und Vorlagen.
Pelz-Besatz-Streifen in Slnks u. Herzfarbe.



Tapeten,

große Auswahl moderner,
neuer Muster zu den bekannt
niedrigen Preisen eingetroffen.

Tapezier-Arbeiten

werden auf Wunsch sofort
und billigst ausgeführt.

A. Imgardt, Laasphe

Sämtl. elektrotechnische Bedarfsartikel

stets vorrätig bei
Wilh. Schuppert Wwe., Laasphe.
Bahnhofstraße 6.

Zur Einmachzeit

empfehle
Einmachtopfe von 1-50 Liter,
Gelee- und Einkoch-Gläser.
Wilh. Schuppert Wwe., Laasphe.

Lichtspiele Laasphe

Samstag von 8 1/2 Uhr ab
Sonntag von 8 Uhr ab
wiederum

sensationelle Filmwerke

mit vorausichtlich den Berühmtheiten
„Gella Moja“, „Alwin Kneuf“, „Harry“!
Programm in nächster Nummer.
Ewald Böding.

Gasthof Koch

Stellen-Angebote:

20-25 Jungl. Erdarbeiter,	10-12 Holzarbeiter,
10 Bergleute (Schiefergrube),	6 Maurer,
6 Schreinergefeßen,	3 Schuhmachergefeßen,
2 Drechsler,	2 Steinschläger,
1 Stellmachergefeße,	1 Schweißerlehrling,
1 Bürolehrling (für Amt	4 Dienstmädchen,
Bergbau).	1 Kaufmannslehrling.

Bezirks-Arbeitsnachweis

des Kreises Wittgenstein,
Berleburg, Jakob Kolbstraße 42. Telefon Nr. 2.

Bekanntmachung.

Nach einer Verordnung der Reichsregierung vom 21. 8. 1919
wird Personen, die auf Grund der reichsgesetzlichen Invaliden-
versicherung eine Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Witwer-
rente beziehen, für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis zum
31. 12. 1920 eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage zu
ihrer Rente gewährt, sofern sie nicht Ausländer sind, die sich
im Ausland aufhalten.

Die Gesamtzulage beträgt monatlich zwanzig Mark für
Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente, monatlich zehn
für Empfänger einer Witwen- oder Witwerrente.

Da es bis 1. 10. d. Js. nicht mehr möglich war, neue
Vordrucke zur Abhebung der Rentenzulage herstellen und ver-
senden zu lassen, bleibt nur übrig, die Mark-Angabe auf den
alten Vordrucken der neuen Verordnung entsprechend hand-
schriftlich zu ändern. Es würde auf den Leitungs-vordrucken
für Invaliden- und Altersrenten die 8 in 20 und auf den für
Witwen- bzw. Witwerrenten die 4 in 10 zu ändern zu sein.

Grndtebrück, den 30. September 1919.

Die Polizeiverwaltung. Koeßler.

Gefunden

ein Geldbetrag im Bahn-
hofsgebäude in Grndtebrück.
Der Verlierer kann seine An-
sprüche hier geltend machen.
Grndtebrück, 30. 9. 1919.
Die Polizeiverwaltung.
Koeßler, Ammann.

Vom 1. Oktober 1919 ab
find die Geschäfts-
räume wegen der Kohlen-
knappheit nur von 8 Uhr
morgens bis 3 Uhr
nachmittags geöffnet.

Laasphe, 30. 9. 1919.

Das Amtsgericht.

Preuss. Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Die von mir entnommenen
Kose (aus Kollekte Stauß)
bitte zur nächsten Klasse
schleunigst zu erneuern.

Die Erneuerungssfrist
endigt am Freitag, 3. Okt.,
abends 6 Uhr.

Laasphe. **B. Jung sen.**
Die Abgabe der Kose erfolgt
im Geschäftse Herrn. Jung.

In nächster Zeit treffen

ein Waggon
rote Rüben,

ein Waggon
Möhren.

Bestellungen nimmt ent-
gegen
Ww. Chr. Duchardt,
Laasphe.

Weißkraut,
Rotkraut,
Zwiebeln

trifft in einigen Tagen ein.
Sbäter auch
Dickwurzeln.

Bestellungen nimmt entgegen
Wilh. Lange,
Grndtebrück.

Suche sofort oder später
ein ordentliches

Mädchen

für Haus und Gartenarbeit.
Gärtner Aug. Braun,
Laasphe.

Mädchen

zum 1. Januar gesucht.
Bohn nach Uebereinkunft.

Frau Magnetopath

Rehbold,
Berleburg i. Westf.,
Hochstraße 51.

In Haushalt mit vier
Knaben von 6 1/2-12 1/2 J.
wird besseres, treues

Mädchen,

das in Hausarbeit erfahren
ist, als Alleinmädchen
gesucht. Kochkenntnisse nicht
erforderlich. Gute Behand-
lung, auf Wunsch Familien-
anschluß.

Frau Dr. Naeder,
Bohwinke bei Elberfeld,
Bergstr. 23.

Bettstelle

steht zum Verkauf. Bei
wem? sagt die Geschäftsstelle
der Grndtebrücker Zeitung.